

Parteienlandschaft in Zeiten von Corona

Ein Ausblick auf die Bundestagswahl 2021

Frank Decker

Zusammenfassung

Mit dem angekündigten Rückzug von Angela Merkel als Bundeskanzlerin und der Coronakrise haben sich wesentliche Parameter des Parteiensystems ein Jahr vor der Bundestagswahl verschoben. In dem Beitrag wird analysiert, wie sich die für den Wahlausgang entscheidenden Faktoren – Kandidaten, Themenagenda und Koalitionsbeziehungen – im Superwahljahr 2021 entwickeln könnten.

Die nicht wieder antretende Amtsinhaberin – eine historische Premiere

In der Geschichte spannender Wahlauseinandersetzungen, an denen die Bundesrepublik seit 1949 wahrlich nicht arm war, ragt die bevorstehende Bundestagswahl 2021 schon jetzt durch zwei Besonderheiten hervor. Die erste Besonderheit betrifft die personelle und parteipolitische Ausgangslage. Noch nie zuvor hat ein amtierender Bundeskanzler – in diesem Fall eine Bundeskanzlerin – darauf verzichtet, bei einer Wahl als Kandidat/in erneut anzutreten. Weil das parlamentarische Regierungssystem eine Amtszeitbegrenzung für Regierungschefs nicht vorsieht, finden personelle Wechsel an der Regierungsspitze normalerweise während der Legislaturperiode statt, ohne dass sich an der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung selbst etwas ändert. In der Bundesrepublik war das bisher zwei Mal der Fall – 1963, als *Ludwig Erhard Konrad*



Professor Dr. Frank Decker

Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn und Wissenschaftlicher Leiter der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP).

Adenauer im Kanzleramt ablöste, und 1974 beim Übergang von *Willy Brandt* zu *Helmut Schmidt*.

Es gehört zu den Gesetzmäßigkeiten von Koalitionsregierungen, dass sich die Parteien bei der personellen Besetzung der ihnen zustehenden Ressorts nicht gegenseitig „hereinreden“. Das galt bisher stets auch für die Regierungsspitze, zumal die Parteien hier ja mit schon vor der Wahl feststehenden Kandidaten auftreten. Insofern war es ein Novum, dass die SPD gleich beim Amtsantritt der von ihr ohnehin nur widerwillig geschlossenen Großen Koalition 2018 signalisierte, sie werde einen potenziellen Nachfolger (oder eine Nachfolgerin) aus den Reihen der CDU für Kanzlerin *Angela Merkel* während der Wahlperiode nicht mittragen. Da *Merkel* eine nochmalige Kandidatur 2021 für sich selbst ausgeschlossen hatte, blieb ihr deshalb nichts anderes übrig, als im Amt zu bleiben – was ihr umso leichter zu fallen schien, als sie seit Ende 2018 von der zusätzlichen Last des CDU-Parteivorsitzes befreit war.

Diese Konstellation bringt die Unionsparteien im Wahljahr in eine undankbare, fast unmögliche Situation. Sie muss mit einem neuen Kandidaten in eine Wahlauseinandersetzung gehen, die gleichzeitig ein Votum über die Regierungsbilanz der ausscheidenden Amtsinhaberin sein wird. Dass es dem Kandidaten unter diesen Bedingungen nur schwer möglich ist, eigene Akzente zu setzen, liegt auf der Hand. Bei einem unumstrittenen Anwärter auf die Nachfolge wäre das vielleicht verschmerzbar gewesen. *Merkels* Favoritin, die frühere saarländische Ministerpräsidentin *Annegret Kramp-Karrenbauer*, die seit Dezember 2018 an die Spitze der Partei stand, nachdem sie sich in der Stichwahl auf dem Hamburger Parteitag knapp gegen *Friedrich Merz* durchgesetzt hatte, konnte die in sie gesetzten Erwartungen jedoch nicht erfüllen. Ihr Scheitern lag auch in der schlecht funktionierenden Machtteilung mit der Kanzlerin begründet, die weiter von ihrem Nimbus zehrte und die Parteivorsitzende in den persönlichen Beliebtheitswerten deutlich überstrahlte.

In dem im Februar eröffneten Ringen um *Kramp-Karrenbauers* Nachfolge warf Merz seinen Hut erneut den Ring. Außer ihm meldeten *Norbert Röttgen*, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und Parteivize *Armin Laschet* ihre Ansprüche an. *Laschet* gelang dabei ein Coup, indem er mit Gesundheitsminister *Jens Spahn*, der sich 2018 noch selbst um den Parteivorsitz beworben hatte, einen Exponenten des konservativen CDU-Flügels und Vertreter der jüngeren Generation in seine Kandidatur einband. Auch deshalb wurden ihm von den professionellen Beobachtern die größten Siegchancen eingeräumt. Als *Laschet* und *Spahn* ihre „Tandemlösung“ am 25. Februar 2020 vor der deutschen Öffentlichkeit verkündeten, konnte niemand ahnen, dass nur wenige Tage später eine Krise über das Land hereinbrechen würde, deren Wucht die politische Agenda und damit auch die Vorzeichen des Bundestagswahlkampfes und Rennens um die Kanzlerschaft total veränderte.

Union und SPD in der Dauerkrise

Bis zum epochalen Einschnitt der Coronakrise – der zweiten Besonderheit der anstehenden Wahlauseinandersetzung – hatten sich die beiden Regierungsparteien in einem anhaltenden Stimmungstief befunden. Von September 2018 an, also nur ein halbes Jahr nach ihrem Amtsantritt, verfügten Union und SPD in den Umfragen über keine gemeinsame Mehrheit mehr. Das hatte es auch bei den vorangegangenen Großen Koalitionen (2005 bis 2009 und 2013 bis 2017) nicht gegeben. Gleichzeitig gelang es den Grünen, sich als zweitstärkste Kraft nicht nur weit vor die anderen drei Oppositionsparteien, sondern auch vor die SPD zu setzen. Bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern (Oktober 2018) verzeichneten sie kräftige Stimmengewinne, auch wenn es am Ende nur in Hessen für eine Fortsetzung der Regierungsbeteiligung an der Seite der CDU reichte. Im September 2019 lagen die Grünen in einigen Umfragen sogar erstmals gleichauf mit der Union.

Für die Verschiebung der Kräfteverhältnisse gab es eine Reihe von miteinander verbundenen Ursachen. Der Hauptgrund lag im miserablen Erscheinungsbild der Regierungsparteien. Die auch schon vor Corona unter dem Strich durchaus vorzeigbare Regierungsbilanz, die durch die positive wirtschaftliche Entwicklung begünstigt wurde, trat dahinter vollkommen in den Schatten. Von den heftigen Geburtswehen, die ihren Start begleiteten, konnte sich die Koalition zu keinem Zeitpunkt erholen. Insbesondere die SPD musste in die Neuauflage des Bündnisses regelrecht hineingezwungen werden. Bereits nach wenigen Wochen brach Innenminister *Seehofer* einen Streit über die Asyl- und Flüchtlingspolitik vom Zaun, der nicht nur die Regierung, sondern auch die Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU an den Rand des Abgrunds brachte. Die Wähler quittierten dies mit schlechten Umfragen und Wahlergebnissen.

Im Oktober 2018 erklärte *Angela Merkel* ihren Rückzug vom CDU-Parteivorsitz nach 18 Jahren. Ihre Wunschkandidatin *Annegret Kramp-Karrenbauer*, die im Jahr zuvor ihr Ministerpräsidentenamt im Saarland aufgegeben hatte und als Generalsekretärin nach Berlin gewechselt war, galt nach ihrer Wahl zur neuen Vorsitzenden auch für die Kanzlernachfolge als gesetzt. Sie ließ freilich schon bald Zweifel an ihren Führungsqualitäten aufkommen, wofür neben selbstverschuldeten Fehlern auch der übermächtige Schatten *Merkels* verantwortlich war. Im Februar 2020 musste *Kramp-Karrenbauer* hilflos mitansehen, wie der CDU-Landesverband in Thüringen ihre Autorität untergrub, als er die Wahl des FDP-Politikers *Thomas Kemmerich* zum Ministerpräsidenten zusammen mit den Stimmen der rechtspopulistischen AfD ermöglichte. Daraufhin erklärte sie ihren Verzicht auf die Kanzlerkandidatur und den Rücktritt vom Parteivorsitz. Die ursprünglich vorgesehene Neuwahl auf einem Parteitag im Mai, mit der auch eine Vorentscheidung über die Kanzlerschaft verbunden sein sollte, musste wegen der Corona-Pandemie zwei Mal verschoben werden und kann vermutlich erst im Frühjahr 2021 stattfinden. Bis dahin steht die Union „kopflös“ da.

Nicht viel besser sollte es der SPD ergehen. Obwohl sie der Regierungspolitik erneut ihren Stempel aufdrückte und zum Beispiel die mehrfach gescheiterte Einführung einer Grundrente als Erfolg für sich verbuchen konnte, gelang es dem neuen

Führungsduo *Andrea Nahles* und *Olaf Scholz* nicht, die Partei aus ihrem Umfragetief herauszuführen. Die vom Juso-Vorsitzenden *Kevin Kühnert* angeführten Gegner des Regierungseintritts sahen sich dadurch bestätigt. Die nach einer Reihe von missglückten öffentlichen Auftritten bereits angeschlagene Parteivorsitzende geriet im September 2018 massiv unter Druck, als sie der „Weglobung“ des unhaltbar gewordenen Verfassungsschutzchefs *Hans-Georg Maaßen* auf einen Staatssekretärsposten zum Entsetzen ihrer Parteifreunde und der allgemeinen Öffentlichkeit zustimmte. Nachdem die SPD bei der Europawahl gegenüber ihrem schlechten Bundestagswahlergebnis nochmals 4,7 Prozentpunkte verlor, erklärte *Nahles* im Mai 2019 entnervt ihren Rücktritt von allen Ämtern.

Da sich für den Parteivorsitz kein natürlicher Aspirant anbot, betrat die SPD bei der Nachfolgeregelung in zweifacher Hinsicht Neuland. Zum einen beschloss sie durch Satzungsänderung die Einführung einer geschlechterparitätisch besetzten Doppelspitze (als Option), zum anderen wurde diese in einem mehrstufigen Verfahren von den Mitgliedern selbst bestimmt, das sich bis Dezember 2019 hinzog. In der Stichwahl unterlag das von der Mehrheit der Fraktion und des Parteivorstands favorisierte Duo aus Finanzminister *Olaf Scholz* und der brandenburgischen Landtagsabgeordneten *Klara Geywitz* überraschend dem früheren nordrhein-westfälischen Finanzminister *Norbert Walter-Borjans* und der Bundestagsabgeordneten *Saskia Esken*. Letztere äußerten sich in ihrer Kampagne skeptisch gegenüber einem weiteren Verbleib in der Regierung und übten heftige Kritik an der von *Scholz* verteidigten Haushaltspolitik ohne Schuldenaufnahme („Schwarze Null“). *Scholz* selber hatte zur Wahl zunächst gar nicht antreten wollen und seine Kandidatur erst nach einigem Zögern erklärt.

Hoffnungen auf einen baldigen Regierungsaustritt wurden wegen des zu erwartenden Widerstandes der Fraktion und SPD-Minister von den neuen Vorsitzenden rasch gebremst. Sie standen spätestens nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie nicht mehr zur Debatte. Stattdessen bemühten sich *Walter-Borjans* und *Esken* um ein möglichst einvernehmliches Auftreten der Führungsspitze. Obwohl sich das im gemeinsamen Krisenmanagement der Regierung gut bewährte, trug es der SPD keine verbesserten Umfragewerte ein. Symptomatisch für das weiter bestehende Führungsvakuum war, dass ausgerechnet *Olaf Scholz*, dessen Ablösung als Finanzminister nach der verlorenen Vorsitzendenwahl schon fast besiegelt schien, sich jetzt wieder Chancen auf die Kanzlerkandidatur ausrechnen konnte. Seine einstimmige Nominierung durch Präsidium und Vorstand erfolgte bereits im August 2020, also mehr als ein Jahr vor der Bundestagswahl.

Der Aufstieg der Grünen zur zweitstärksten Kraft

Je stärker die internen Führungsstreitigkeiten und -defizite das ohnehin geringe Vertrauen in die Regierungsparteien im Verlauf der Legislaturperiode erschütterten, umso größer wuchs der Zuspruch für die Opposition. Die Gewinne verteilten sich auf die vier Oppositionsparteien dabei jedoch sehr unterschiedlich. Während die AfD im Vergleich zu ihrem Bundestagsergebnis nur unwesentlich zulegen konnte und die

Linke bestenfalls stagnierte, musste die FDP sogar Einbußen hinnehmen. Die Wähler trugen es den Liberalen offensichtlich nach, dass sie die Jamaika-Verhandlungen hatten platzen lassen. Auch während der Legislaturperiode fehlte es ihnen an Themen, mit denen sie im Wettbewerb hätten punkten können. Das in der vorangegangenen Wahlperiode dominante Flüchtlingsproblem spielte in der öffentlichen Wahrnehmung keine große Rolle mehr. Gleichzeitig erwischte die aufkommenden Klimaproteste, auf die sie wenig sensibel reagierte, die FDP auf dem falschen Fuß. Die Kritik machte auch vor dem innerparteilich bis dahin unangefochtenen Vorsitzenden *Christian Lindner* nicht halt. Sie verstärkte sich nach dem Thüringen-Desaster, das die Umfragewerte der FDP noch vor der Coronakrise in die Nähe der bedrohlichen Fünfprozentmarke drückte.

Das Gegenmodell zu den Liberalen bildeten die Grünen. Sie wurden für ihre konstruktive Rolle bei den Jamaika-Verhandlungen belohnt. Der ernsthafte Regierungswillen und die Regierungsfähigkeit der Partei kamen auch durch die wachsende Zahl ihrer Regierungsbeteiligungen in den Ländern zum Ausdruck. Die eigenen Führungsprobleme aus der vorangegangenen Legislaturperiode lösten die Grünen durch einen überzeugenden personellen Wechsel an der Parteispitze, wo sich die Vorsitzenden *Robert Habeck* und *Annalena Baerbock* optimal ergänzten. Der eine eher für die Außendarstellung, die andere für die internen Abstimmungsprozesse und Organisationsfragen zuständig, drängte das Gespann die konkurrierenden Machtzentren der Fraktion (mit *Katrin Göring-Eckardt* und *Anton Hofreiter* an der Spitze) und der vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten *Winfried Kretschmann* angeführten Regierungsgreenen an den Rand. Ein Jahr vor der Wahl lautete die Frage nicht, *ob* einer der beiden, sondern *wer* von ihnen eine mögliche Kanzlerkandidatur übernehmen würde. Die harten innerparteilichen Richtungsauseinandersetzungen ihrer Entstehungs- und Etablierungsphase haben die Grünen ohnehin hinter sich gelassen – ablesbar am Verschwinden der einstmalig so prägenden Entgegensetzung von „Fundis“ und „Realos“ im parteiinternen und journalistischen Sprachgebrauch.

All das hätte aber sicher kaum ausgereicht, um die Grünen in die Nähe oder über die 20-Prozent-Marke zu hieven, wenn nicht ein entscheidender, 2017 noch unabsehbarer Faktor hinzugetreten wäre, nämlich der Bedeutungsgewinn des Klimaschutzthemas. Die von der jungen schwedischen Aktivistin *Greta Thunberg* initiierten „Fridays for Future“-Proteste, die sich ab März 2019 zu einer weltumspannenden Bewegung entwickelten, führten der Öffentlichkeit und den Regierenden mahnend vor Augen, dass ohne eine erhebliche Verschärfung der Anstrengungen die im Pariser Abkommen festgelegten CO₂-Reduktionsziele scheitern würden. Auf der Agenda der wichtigsten innenpolitischen Probleme in der Bundesrepublik rückte der Klimaschutz nun erstmals ganz nach oben. Als „Umwertpartei“ wurde den Grünen von jeher eine hohe Kompetenz auf diesem Gebiet attestiert. Gleichzeitig kam ihnen zugute, dass sie ihre Kritik am vermeintlich unzureichenden Klimaschutzpaket der Bundesregierung aus der Oppositionsrolle heraus formulieren konnten.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Parteiensystem

Anders als von manchen befürchtet, hat die Coronakrise nicht zu einer neuen Priorisierung materieller Wachstumsziele geführt. Stattdessen beförderte sie einen gesellschaftlichen und parteiübergreifenden Konsens, die zur Ankurbelung der Konjunktur notwendigen öffentlichen Investitionen gerade für den Klimaschutz zu nutzen. Dass in der ersten Phase der Krise – im März und April 2020 –, als es um die unmittelbare Gefahrenabwehr ging, die Eindämmung der Pandemie alle anderen politischen Themen überlagern würde, war vorhersehbar. Das Heft des Handelns lag jetzt ganz bei den Exekutiven in Bund und Ländern, wobei sich die Augen naturgemäß zuerst auf die Bundesregierung richteten. Deren entschlossenes Vorgehen im Rahmen eines insgesamt gut funktionierenden föderalen Systems trug dazu bei, dass die Bundesrepublik glimpflicher durch diese erste Phase kam als andere europäische Länder. Die Wähler dankten es der Regierung mit wachsenden Zustimmungswerten, von denen Union und SPD allerdings nicht gleichermaßen profitierten. Während die Kanzlerpartei in den Umfragen nach oben schoss und um mehr als zehn Prozentpunkte zulegte, traten die Sozialdemokraten weiter auf der Stelle – trotz ihrer für die Bekämpfung der wirtschaftlichen und sozialen Krisenfolgen wichtigen Ressortzuständigkeiten in der Finanz-, Sozial- und Familienpolitik.

Die Oppositionsparteien hatten in dieser Situation das Nachsehen. Weil viele der mit Corona zusammenhängenden Fragen sich einer parteipolitischen Logik entzogen, fiel es ihnen schwer Gegenposition zu beziehen. Dass AfD und FDP dabei relativ betrachtet stärkere Verluste verzeichneten als Grüne und Linke, lag zugleich an ihren internen Querelen. Auch der regierungsinterne Wettbewerb zwischen Union und SPD kam in der ersten Phase der Krise weitgehend zum Erliegen. Abgesehen davon, dass der in der öffentlichen Debatte manchmal behauptete Zielkonflikt zwischen strengem Infektionsschutz und dem Inganghalten der Wirtschaft in dieser Form gar nicht bestand, gingen die Meinungen in beiden Parteien quer durcheinander. So stand der seit Ausbruch der Pandemie in allen Medien omnipotente Gesundheitspolitiker *Karl Lauterbach* als Verfechter rigoroser Schutzmaßnahmen keineswegs stellvertretend für die gesamte SPD. In der Union wurden die Gegenpole vom bayerischen Ministerpräsidenten *Markus Söder* und seinem nordrhein-westfälischen Amtskollegen *Armin Laschet* gebildet, deren öffentliche (Selbst)darstellung als „Warner“ beziehungsweise „Lockerer“ allerdings mehr mit dem innerparteilichen Machtkampf zu tun hatte als mit der Realität. Auch in Bezug auf die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise spielten frühere Unterschiede kaum eine Rolle. In den Unionsparteien gab es nur vereinzelte Stimmen, die mit Blick auf den Umfang der Rettungspakete vor einem Marsch in die Staatswirtschaft warnten. Und in der SPD sorgte Corona nebenbei dafür, dass sich die internen Auseinandersetzungen um „Schuldenbremse“ und „Schwarze Null“ vom einen auf den anderen Tag in Luft auflösten.

An dieser Gemengelage sollte sich auch in der zweiten Phase der Krise (zwischen Mai und Juli 2020) nichts Grundlegendes ändern. Der Wiederanstieg der Infektionszahlen seit dem Sommer schob Hoffnungen auf weiteren Lockerungen – etwa im Be-

reich des Gastrogewerbes oder bei Großveranstaltungen – einen Riegel vor. Im November kam es zu einem erneuten Shutdown. Damit dürften sich die wirtschaftlichen und sozialen Folgeprobleme der Pandemie nochmals verschärfen, deren wahres Ausmaß ohnehin erst 2021 deutlich werden wird – durch Insolvenzen und steigende Arbeitslosenzahlen. Neben Gewinnern hinterlässt der durch die Krise eintretende Strukturwandel zahlreiche Verlierer, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Besonders dramatisch ist die Situation an den Schulen, wo auch in den nächsten Monaten eine Rückkehr zum Normalbetrieb ausgeschlossen scheint. Das ohnehin große Bildungsgefälle, das zu den Haupttreibern der sozialen Ungleichheit in diesem Land gehört, wird dadurch noch größer werden.

Der Bedeutungsgewinn verteilungsbezogener Fragen könnte im Wahljahr den linken Parteien, aber auch der fundamentaloppositionellen AfD in die Hände spielen. Kommt es dagegen aus der Sicht der Wähler vor allem auf eine möglichst rasche Gesundung der Wirtschaft an, läge der Vorteil vermutlich eher bei Union und FDP. Der Blick auf vergangene Wahlen zeigt, dass die SPD immer dann am erfolgreichsten war, wenn sie neben ihrer sozialen Kompetenz auch ein bestimmtes Maß an ökonomischer Kompetenz für sich reklamieren konnte. Die Entscheidung für *Scholz* als Kanzlerkandidaten ist vor diesem Hintergrund folgerichtig. Dies gilt auch, wenn man den Klimaschutz als dritten Schlüsselbereich hinzunimmt. Denn will die SPD die Union aus dem Kanzleramt vertreiben, kann sie dies nur mit den Grünen an ihrer Seite. Deshalb muss sie darauf achten, dass bei den ökologischen Themen und in den soziale Fragen größere programmatische Übereinstimmungen zwischen ihr und den Grünen bestehen als zwischen diesen und den Unionsparteien. Aus Gründen der Stimmenmaximierung wäre es für die Grünen wahrscheinlich lukrativer, als starker Juniorpartner an der Seite der Union zu regieren. Dies gilt umso mehr, als es sich hier um eine Zweier- beziehungsweise, wenn man die CSU separat betrachtet, Dreierkoalition handelte, die FDP also anders als 2017 als Mehrheitsbeschafferin nicht benötigt würde. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung wäre hingegen nur möglich, wenn neben den Grünen die Linke oder die FDP als dritter Partner mit ins Boot stiege.

Der Wandel der Koalitionsbeziehungen

Bei allen Bundestagswahlen seit 2005 traf die SPD das traurige Los, dass ihr eine solche Machtoption fehlte. Hatte sie 2005, als sie nahezu gleichauf mit CDU und CSU lag, immerhin noch die Perspektive einer von ihr geführten Großen Koalition vor Augen, so konnte sie 2009, 2013 und 2017 nicht auf Sieg, sondern nur „auf Platz“ spielen – zu groß war ihr Rückstand gegenüber den Unionsparteien. Deren strategische Mehrheit wurde durch das Aufkommen der AfD seit 2013 sogar verstärkt, weil die Rechtspopulisten ihre Stimmen auch aus den Reihen der Sozialdemokratie und – in Ostdeutschland – der Linken rekrutierten und damit die Achse des Parteiensystems nach rechts verschoben. 2005 hatten SPD, Grüne und Linke zusammengenommen noch klar vor Union und FDP gelegen (mit 51,0 gegenüber 45,0 Prozent). 2017 fiel ihr

gemeinsamer Stimmenanteil auf 38,6 Prozent, denen 56,2 Prozent für das jetzt um die AfD erweiterte rechte Lager gegenüberstanden.

Das Fehlen einer Machtperspektive rührte zugleich daher, dass die rechnerisch möglichen Koalitionen politisch zumindest von einer Seite nicht gewollt waren. So wie die Liberalen 2005 und 2009 der Ampelkoalition eine Absage erteilten, weigerten sich die Sozialdemokraten 2005 und 2013, eine Zusammenarbeit mit der PDS und späteren Linken auch nur zu erwägen. (2013 hätte ein rot-rot-grünes Bündnis trotz der nach rechts verschobenen Kräfteverhältnisse über eine Sitzmehrheit im Bundestag verfügt, weil sowohl die FDP als auch die AfD an der Fünfprozenthürde gescheitert waren.) Die SPD zog daraus die Lehre, ein solches Bündnis bei der nächsten Wahl nicht mehr von vornherein auszuschließen, was 2017 allerdings – wie gesehen – bedeutungslos war, weil man von einer gemeinsamen Mehrheit weit entfernt blieb.

Inzwischen ist in das Koalitionsspiel deutlich Bewegung gekommen. Das hängt vor allem mit dem Aufschwung der Grünen zusammen. Diese mögen von ihren politischen Positionen her zwar weiter dem linken Lager zugehören. Elektoral muss man sie aber eher in der bürgerlichen Mitte verorten, wo ihnen seit 2018 besonders in die Unionswählerschaft tiefe Einbrüche gelungen sind. Die Achse des Parteiensystems hat sich dadurch nach links zurückbewegt und die Mehrheitsfähigkeit eines rot-rot-grünen Bündnisses perspektivisch verbessert. In den Umfragen lagen die beiden Lager im März 2020 nahezu gleichauf, bevor die Coronakrise eine neuerliche Hinwendung zur Union bewirkte. Dass diese ihre aktuellen Werte im Wahljahr halten kann, wenn der Krisenbonus verpufft und den Wählern die Konsequenzen von *Merkeles* Abgang richtig vor Augen treten, erscheint jedoch schwer vorstellbar.

Auch politisch stehen einer – je nach Stärkeverhältnis – rot-rot-grünen oder grün-rot-roten Koalition heute keine unüberwindbaren Hindernisse mehr im Weg, nachdem sich die beteiligten Parteien in den letzten Jahren atmosphärisch und programmatisch aufeinander zubewegt haben. Dies gilt sogar für die Außenpolitik, wo nach wie vor die größten Meinungsunterschiede vorliegen. Wie tief die Gräben aber hier weiterhin sind, haben zuletzt die Äußerungen führender Linken-Politiker zum Giftanschlag auf den russischen Oppositionellen *Alexej Navalny* gezeigt, die wenig Distanz zum autoritären Putin-Regime erkennen ließen. Dadurch wurden auch die Bruchlinien innerhalb der Linken zwischen den pragmatischen, auf die Regierungsfähigkeit hinarbeitenden und den fundamentaloppositionellen Kräften erneut offengelegt.

Schwer abschätzbar sind die Auswirkungen auf das Wahlverhalten, sollte die Aussicht auf eine Linkskoalition tatsächlich bestehen. Streben SPD und Grüne ein Zusammengehen mit der Linken an, ist es ratsam für sie, hauptsächlich auf die Wähler aus der politischen Mitte zu zielen, um so eine möglichst breite Wählerkoalition zu erreichen. Gerade diese könnten sich durch ein mögliches Linksbündnis aber verprellt fühlen. Ob sich das Dilemma beheben lässt, indem man die Koalitionsfrage einfach tabuisiert, ist fraglich – Rot-Rot-Grün stünde dann wie der sprichwörtliche Elefant im Raum. Für die Grünen liegt eine solche Strategie nahe, weil sie mit Schwarz-Grün über eine arithmetisch wie politisch relativ sichere Rückfallposition verfügen. Ob die SPD eine Ampel – also das Zusammengehen mit der FDP – als Alternative zur Links-

koalition glaubhaft ins Spiel bringen könnte, erscheint dagegen zur Zeit noch eher fraglich.

Dass die FDP eine solche Option inzwischen selbst erwägt, hat zum einen mit ihrem nicht erst seit dem Ausstieg aus den Jamaika-Verhandlungen gestörten Verhältnis zur Union zu tun – die ungunstigen Erinnerungen an die letzte gemeinsame Regierungszeit (2009 bis 2013) wirken bei den Liberalen bis heute nach. Zum anderen weiß die Partei, dass sie für ein neuerliches Jamaika-Bündnis, das ihr programmatisch immer noch näher stünde als die Ampel, wahrscheinlich gar nicht benötigt wird, weil es für Union und Grüne alleine zur Mehrheit reicht. Unter diesen Vorzeichen macht die Hinwendung zur SPD Sinn – zumal nach deren Entscheidung für *Olaf Scholz* als Kanzlerkandidaten. In einer Koalition mit Sozialdemokraten und Grünen hätte die FDP die Chance, sich als wirtschaftsfreundliches Korrektiv zu profilieren. Ob die Aussicht darauf so viele Unions- und Merkelwähler verlockt, ihr die Stimme zu geben, dass eine Mehrheit für ein Ampelbündnis zustande kommt, ist schwer abschätzbar. Für solche Wähler wäre es wahrscheinlich genauso rational oder rationaler, bei der Union zu bleiben und dafür zu sorgen, dass diese in einem Bündnis mit den Grünen kräftemäßig die Oberhand behält.

Eine in fast jeder Hinsicht offene Wahl

Nimmt man die hier betrachteten, miteinander verbundenen Schlüsselfaktoren – Kandidaten, Themenagenda und Koalitionsbeziehungen – zusammen, bleibt der Ausgang der kommenden Bundestagswahl in fast jeder Hinsicht ungewiss. Sicher voraussagen lässt sich nur, dass den Umfragen in den verschiedenen Phasen der Auseinandersetzung eine große Rolle zukommen dürfte. So wie sich Union und Grüne für diejenigen Personen als Kanzlerkandidaten entscheiden werden, die beim Wähler den meisten Anklang finden, so geben die im wöchentlichen Rhythmus veröffentlichten Wahlprognosen Aufschluss über die Realisierbarkeit der verschiedenen Koalitionsmodelle. Signalfunktion für den Wahlkampf gewinnen überdies die im Frühjahr anstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen, deren heutige Regierungen von Ministerpräsidenten aus vier verschiedenen Parteien – Grüne, SPD, CDU und Linke – angeführt werden.

Wie rasch sich die Stimmungen innerhalb der Wählerschaft verändern können, hat die Bundestagswahl 2017 gezeigt, als die SPD mit ihrem neuen Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten *Martin Schulz* äußerst verheißungsvoll in das Wahljahr gestartet war, bevor ihre Kampagne binnen weniger Wochen kollabierte. Zumindest was den frühen Zeitpunkt der Nominierung angeht, scheinen die Sozialdemokraten aus den damaligen Fehlern gelernt zu haben. Dass bei der Entscheidung für *Scholz* der Zufall der Coronakrise kräftig mitspielte, steht auf einem anderen Blatt. Im Unterschied zur SPD müssen die Grünen die Kandidatenfrage noch klären. Die beiden Vorsitzenden – *Habeck* und *Baerbock* – wollen das einvernehmlich unter sich ausmachen, lassen aber offen wann. Am schwierigsten bleibt trotz ihrer aktuell strahlenden Umfragewerte die Situation für CDU und CSU. Weil *Merkel* eine geregelte und rechtzeitige Machtübergabe während der Legislaturperiode versäumt hat, befindet sich die Union

in einer anhaltenden Führungskrise. Ob damit ihr Abschied von der Macht nach 16-jähriger Regierungszeit begonnen haben könnte, werden wir im nächsten Jahr wissen.

Literatur

Decker, Frank 2018: *Parteiendemokratie im Wandel*, 2. Aufl., Baden-Baden.

Decker, Frank/Ruhose, Fedor 2020: Koalitionsregime in Ländern und Bund. Auf dem Weg in die Kenia-Republik, in: *Gesellschaft. Wirtschaft. Politik (GWP)* 69 (2), S. 195-202.

Geis, Matthias 2020: Was kommt nach der Raute?, *Die Zeit* vom 10. September 2020, S. 4.

Habermas, Jürgen 2020: 30 Jahre danach. Merkels europapolitische Kehrtwende und der innerdeutsche Einigungsprozess, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 65 (9), S. 41-56.

Lammert, Norbert (Hrsg.) 2020: *Christlich Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU*, München.